Gemeinde Grasleben

Verwaltungsvorlage Fachbereich: Bauen und Ordnung	**Vorlagen-Nr.: 135** Vorlage ist öffentlich Datum: 26.09.2017	

Tagesordnungspunkt

Planungen Skateranlage

Vorgesehene Beratungsfolge:		*Beschluss geändert*		*Abstimmungsergebnis*		
Datum	*Gremium*	*Ja*	*Nein*	*Ja*	*Nein*	*Enth.*
12.10.2017	Bau- und Umweltausschuss					

Finanzielle Auswirkungen					
Ergebnishaushalt	☐	Kosten	12.000	EUR	
Finanzhaushalt	☒	Produkt	**36600**		
Kostenstelle	321201	Sachkonto	0720002		
Ansatz	15.000 EUR	verfügbar	15.000	EUR	

Verantwortlichkeit	
gefertigt:	Gemeinde-direktor:
gez. Krippendorf	gez. Janze
(Krippendorf)	(Janze)

Bekanntgabe:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die dargestellte Sachlage zustimmend zur Kenntnis.

Sach- und Rechtslage:

Die Skateranlage auf dem Grundstück der Gemeinde Grasleben, seinerzeit beschafft durch den TSV Grasleben, befindet sich in einem desolaten Zustand. Die jährliche Hauptinspektion 2016 hat erhebliche Mängel festgestellt und beanstandet. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Im Zuge der Planung des Minispielfeldes, (in direkter Nähe, Umsetzung durch die Samtgemeinde) streben die Verwaltung und der TSV Grasleben eine gemeinsame Lösung zur Erneuerung der Skateranlage an. Es besteht der Wunsch, die Skateranlage zu erhalten. Herr Jaeger, 1. Vorsitzender vom TSV, beantragt über den LSB/KSB Fördermittel.

Grundsätzlich wurde eine Förderfähigkeit von 30 % seitens KSB signalisiert. Zudem müsste der TSV 20 % Eigenanteil einbringen und 50 % könnte die Gemeinde Grasleben per Zuwendungsbescheid beisteuern. Derzeit hat die Gemeinde Grasleben noch 15.000 Euro auf dem Produkt 36600 - Spielplätze zur Verfügung.

Die Haushaltsmittel stehen zur Verfügung, eine Verwendung erfordert aufgrund der Wertgrenzen keinen gesonderten Beschluss. Aufgrund einer möglichen öffentlichen Wirkung gibt die Verwaltung bekannt, dass die Mittel in Produkt 36600 für die gemeinsame Anschaffung von Skaterelementen in Beton verwendet werden sollen. Die Kosten werden sich auf rund 24.000 Euro inklusive Herstellung der Zufahrt belaufen. Nach aktuellen Planungen müsste die Gemeinde folglich ca. 12.000 Euro zusteuern.

Elektronische Version, im Original unterzeichnet.